



15.064

**Informationsaustausch
in Steuersachen.
Abkommen mit Belize und Grenada**

**Echange de renseignements
en matière fiscale.
Accords avec le Belize et la Grenade**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

15.066

**Doppelbesteuerung.
Abkommen mit Oman**

**Double imposition.
Convention avec Oman**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

15.070

**Doppelbesteuerung.
Abkommen mit Liechtenstein**

**Double imposition.
Convention avec le Liechtenstein**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)





STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

15.071

**Doppelbesteuerung.
Abkommen mit Norwegen**

**Double imposition.
Convention avec la Norvège**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

15.074

**Doppelbesteuerung.
Abkommen mit Albanien**

**Double imposition.
Convention avec l'Albanie**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.06.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Gössi Petra (RL, SZ), für die Kommission: Am 18. Januar dieses Jahres wurden in der WAK die Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein, Oman, Norwegen und Albanien sowie die Abkommen mit Belize und Grenada über den Informationsaustausch in Steuersachen beraten. Am meisten zu diskutieren gab das Abkommen mit Liechtenstein. Das liegt in der Natur der Sache, denn Liechtenstein ist einer unserer Nachbarstaaten. Die erwähnten anderen Doppelbesteuerungsabkommen führten zu einzelnen Fragen, waren aber allesamt unbestritten.

Ich rufe kurz in Erinnerung: Doppelbesteuerungsabkommen sind ein wichtiges Mittel in der Steuerpolitik. Sie fördern Investitionen und erleichtern die Exportwirtschaft. Unsere Politik im Bereich der Doppelbesteuerungsabkommen richtet sich nach dem Standard der OECD. Sie zielt darauf ab, Steuerkonflikte zu verhindern, die sich auf international tätige Steuerpflichtige nachteilig auswirken könnten. Seit dem Beschluss des Bundesrates von 2009, den international anerkannten Standard beim Informationsaustausch in Steuersachen gemäss



Artikel 26 des OECD-Musterabkommens zu übernehmen, hat die Schweiz eine Vielzahl von Doppelbesteuerungsabkommen revidiert und neue Abkommen mit einer standardkonformen Klausel abgeschlossen.

Verschiedene Staaten haben die Schweiz auch um Aufnahme von Verhandlungen über ein Steuerinformationsabkommen ersucht. Steuerinformationsabkommen erlauben es Staaten, die untereinander kein Doppelbesteuerungsabkommen abschliessen wollen, den Informationsaustausch in Steuersachen zu vereinbaren. Doppelbesteuerungsabkommen und Steuerinformationsabkommen sind mit Blick auf die Vereinbarung einer standardkonformen Bestimmung über den Informationsaustausch auf Anfrage gleichwertige Instrumente. Die heute zur Diskussion stehenden Abkommen mit Belize und Grenada mitgerechnet, hat die Schweiz bisher neun Steuerinformationsabkommen abgeschlossen.

Die Kommission hat dem Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Grenada über den Informationsaustausch in Steuersachen mit 13 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen und dem Bundesbeschluss über das entsprechende Abkommen mit Belize mit 14 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein: Liechtenstein hatte bis vor wenigen Jahren eine Steuerordnung, die von der Schweizer Steuerordnung massgeblich abwich. Dies führte dazu, dass die Schweiz mit Liechtenstein ein Abkommen hatte, welches nur einen der Teilbereiche regelte, die man sonst in Doppelbesteuerungsabkommen findet. Da sich die Steuerordnung Liechtensteins in der Zwischenzeit geändert hat, sind die Voraussetzungen für ein übliches Doppelbesteuerungsabkommen zustande gekommen. Diesbezüglich ist vor allem wichtig, dass es zu einem Ausgleich kommt, der auch unseren Interessen Rechnung trägt.

Das Doppelbesteuerungsabkommen sieht zum Beispiel einen Nullsatz bei massgeblichen Beteiligungen an Gesellschaften vor. Zudem sieht es einen Nullsatz bei Dividenden an Vorsorgeeinrichtungen und bei Dividenden an Zentralbanken oder an Vertragsstaaten vor. Auf Zinsen und Lizenzgebühren gibt es keine Quellensteuer zu entrichten. Das entspricht alles der üblichen Schweizer Abkommenspolitik. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein sind auf dem Arbeitsmarkt sehr eng. Im Jahr 2013 pendelten 10 048 in der Schweiz ansässige Arbeitnehmende nach Liechtenstein. In diesem Bereich wird die bisher geltende ausschliessliche Besteuerung im Ansässigkeitsstaat weiterhin gelten. Massgebend dafür war, dass vor allem die Grenzkantone St. Gallen und Graubünden sehr eng und unter zuvorkommenden Bedingungen mit Liechtenstein zusammenarbeiten.

Im Weiteren enthält das Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein in Artikel 26 eine Bestimmung über den Informationsaustausch nach dem internationalen Standard gemäss OECD-Musterabkommen. Nach ausführlicher Diskussion in der WAK wurde dem Beschlussentwurf zur Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Liechtenstein mit 16 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Dem Gesetzentwurf über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen des Bundes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wurde mit 13 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Zusammen mit der Vorlage dieses Entwurfes wird die Motion Müller Walter 12.3046 zur Abschreibung unterbreitet.

Zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Norwegen: Zwischen der Schweiz und Norwegen bestand bereits ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, welches 2005 und 2009 revidiert wurde. Die Bestimmung über den Informationsaustausch nach OECD-Standard wurde bereits 2009 eingeführt. Gleichzeitig wurde eine Meistbegünstigungsklausel zugunsten der Schweiz eingeführt, für den Fall, dass Norwegen mit einem anderen Vertragspartner eine Schiedsklausel vereinbaren würde. Dies war in der Folge mit den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich der Fall, weshalb eine Schiedsklausel nach dem Musterabkommen der OECD aufgenommen wurde.

Auf Antrag Norwegens wurde Artikel 26 angepasst und der Informationsaustausch ebenfalls gemäss OECD-Musterabkommen auf alle Arten von Steuern ausgeweitet. Die Kommission stimmte dem Beschlussentwurf zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Norwegen mit 15 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Die Doppelbesteuerungsabkommen mit Oman und Albanien folgen in formeller und materieller Hinsicht dem OECD-Musterabkommen sowie der Abkommenspolitik der Schweiz in diesem Bereich. Den Entwürfen zur beiden Abkommen ist mit 14 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt worden.

Ich bitte Sie, diesen Abkommen ebenfalls zuzustimmen und damit der Kommission zu folgen.

Barazzone Guillaume (C, GE), pour la commission: Depuis que le Conseil fédéral a décidé, au printemps 2009, que la Suisse reprendrait la norme internationalement reconnue en matière d'échange de renseignements à des fins fiscales énoncée à l'article 26 du modèle de convention OCDE, la Suisse poursuit sans relâche ses efforts pour inscrire cette politique en matière d'assistance administrative dans toutes les conventions de double imposition existantes ainsi que dans les nouvelles conventions de double imposition conclues avec



d'autres Etats.

Pour l'heure, comme l'a rappelé Madame Gössi, rapporteuse de langue allemande, la Suisse a conclu neuf accords sur l'échange de renseignements en matière fiscale. Ces accords permettent aux Etats et territoires qui ne souhaitent pas conclure de convention de double imposition entre eux de convenir d'un échange de renseignements à la demande dans le domaine fiscal. Les accords sur l'échange de renseignements à la demande avec la Grenade et le Belize viennent s'ajouter à ceux déjà signés par la Suisse.

Mentionnons que, par rapport au modèle d'accord de l'OCDE de 2002 sur l'échange de renseignements en matière fiscale, les deux accords – c'est-à-dire ceux qui concernent la Grenade et le Belize – tiennent compte de deux particularités du droit suisse: d'une part, ils ne reprennent pas de disposition relative à des contrôles fiscaux à l'étranger et, d'autre part, ils ne prévoient pas d'entrée en

AB 2016 N 227 / BO 2016 N 227

vigueur rétroactive pour les renseignements qui concernent les affaires pénales relevant de la fiscalité.

Comme l'a indiqué la rapporteuse de langue allemande, notre commission vous recommande, à une majorité écrasante moins quelques abstentions, d'adopter ces conventions.

S'agissant d'Oman, rappelons que le Sultanat d'Oman est membre de l'Organisation mondiale du commerce et que la Suisse et Oman entretiennent d'excellentes relations à la fois politiques et économiques, puisqu'en 2011 la Suisse a exporté pour 168 millions de francs dans le Sultanat d'Oman, principalement des objets de luxe. Pour les entreprises suisses, il existe de nombreuses opportunités d'investir à Oman, notamment dans les domaines de la construction, des infrastructures et du tourisme.

Oman est en train de diversifier son économie, qui est basée principalement sur le pétrole et sur son fonds souverain. De plus, Oman fait partie de l'Union douanière du Conseil de coopération des Etats arabes du Golfe. Etant donné l'importance économique accrue des pays du Golfe persique, d'une part, et la conclusion de conventions contre les doubles impositions avec les Emirats arabes unis, le Koweït et le Qatar, d'autre part, il a semblé très opportun pour le Conseil fédéral et la Confédération de conclure une telle convention avec le Sultanat d'Oman.

Mentionnons le fait que la convention correspond dans une large mesure au modèle de convention de l'OCDE et à la pratique conventionnelle suisse en matière fiscale, y compris en ce qui concerne le standard international d'assistance administrative.

Je souhaite dire quelques mots sur la convention de double imposition qui concerne l'Albanie. Cette convention entre la Suisse et l'Albanie introduit une disposition sur l'échange de renseignements à des fins fiscales de l'OCDE. Il convient de mentionner que le taux d'impôt résiduel prélevé sur les dividendes, intérêts et redevances a été maintenu. Cependant, en ce qui concerne les intérêts, l'Albanie a consenti à ce qu'aucun impôt ne soit prélevé sur les intérêts versés aux institutions de prévoyance, à une banque nationale, à un gouvernement ou à l'une de ses subdivisions politiques ou encore à une collectivité locale. Enfin, une clause d'arbitrage a été introduite, ce qui répond à l'un des objectifs politiques de négociation de la Suisse.

J'en viens maintenant à la convention de double imposition entre la Suisse et la Norvège, qui vise à éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune. Cette convention a été signée le 7 septembre 1987 et a fait l'objet de deux révisions en 2005 et 2009.

A cette occasion, le protocole de modification du 31 août 2009 a introduit une disposition sur l'échange de renseignements conforme à la norme de l'OCDE et une clause – c'est la particularité de cet accord – de la nation la plus favorisée en faveur de la Suisse au cas où la Norvège conviendrait d'une clause d'arbitrage avec un Etat partenaire. Etant donné que la Norvège a, par la suite, convenu avec les Pays-Bas et le Royaume-Uni d'une disposition sur l'arbitrage, des négociations ont été ouvertes et ont abouti à la convention qui vous est soumise aujourd'hui.

Je précise encore que, à la demande de la Norvège, une mise à jour de l'article 26 sur l'échange de renseignements a également été effectuée.

A nouveau, la Commission de l'économie et des redevances, à une écrasante majorité et avec quelques abstentions, vous recommande d'adopter cette convention.

Enfin, j'en viens à la convention de double imposition entre la Suisse et le Liechtenstein qui sont liés par une convention de ce type depuis 1995. Cette convention n'a jamais été révisée depuis cette date. Or, elle régit uniquement l'imposition de certaines catégories de revenus. Elle concerne les revenus réalisés au titre d'un emploi salarié, les pensions, ainsi que les intérêts de créances hypothécaires. Il faut savoir qu'une nouvelle loi fiscale est entrée en vigueur au Liechtenstein au début 2011 et que, en vertu de cette loi, le Liechtenstein prélève depuis 2012 un impôt à la source sur des rentes de l'AVS liechtensteinoise.

Pour éviter une double imposition dans ce domaine, une convention modifiée est soumise à votre approbation.



Par ailleurs, il est apparu que le Liechtenstein n'était pas satisfait de l'imposition exclusive des frontaliers de l'Etat de résidence en application de la convention de 1995. C'est la raison pour laquelle la convention a, également sur ce point, été révisée.

Enfin, concernant l'imposition des dividendes, des intérêts et des redevances, de même que l'octroi d'avantages, la convention de double imposition avec le Liechtenstein a prévu pour les structures patrimoniales liechtensteinoises des règles conformes à la politique conventionnelle suisse. Ces règles ont pu être établies grâce à la convention qui est soumise à votre approbation aujourd'hui. Ainsi, un droit d'imposition à la source a été reconnu pour les dividendes issus de participations de portefeuille, donc lorsqu'il y a moins de 10 pour cent de capital détenu. Les structures patrimoniales fiscalement transparentes ne sont pas concernées par les avantages de la convention de double imposition avec le Liechtenstein.

Enfin, la convention de double imposition prévoit une disposition, comme c'est le cas dans d'autres conventions, sur l'échange de renseignements conforme au standard international dans ce domaine.

A nouveau, la commission, à une écrasante majorité et avec quelques abstentions, vous recommande d'adopter cette convention.

Maurer Ueli, Bundesrat: Vorerst zu den Steuerinformationsabkommen mit Belize und Grenada: Die vorliegenden Steuerinformationsabkommen entsprechen den von den eidgenössischen Räten bereits genehmigten und in Kraft stehenden sieben Steuerinformationsabkommen der Schweiz, die Ihnen bereits vorlagen, darunter jene mit San Marino, den Seychellen, Grönland, Andorra usw. Sie regeln den Informationsaustausch auf Ersuchen. Das Global Forum hat im Rahmen der Länderprüfung festgestellt, dass das Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Belize und Grenada nicht dem Standard entspricht. Darauf haben Belize und Grenada die Schweiz um Aufnahme von Verhandlungen über diese Steuerinformationsabkommen ersucht. In der Folge wurden die Verhandlungen mit diesen beiden Ländern auf dem Korrespondenzweg geführt. Das hat zu den beiden vorliegenden Abkommen geführt. Die beiden Abkommen ersetzen die Doppelbesteuerungsabkommen von 1954 nicht. Sie sehen aber standardkonforme Bestimmungen für den Informationsaustausch in Steuersachen vor. Als neuere und spezifischere Abkommen gehen sie dem Doppelbesteuerungsabkommen von 1954 vor. Die Abkommen sind sowohl formell als auch materiell standardkonform und entsprechen der Schweizer Praxis in Bezug auf Steuerinformationsabkommen.

Ausgetauscht werden Informationen, die für die Anwendung und Durchsetzung des internen Rechts betreffend die unter das Steuerinformationsabkommen fallenden Steuern voraussichtlich erheblich sind. Sogenannte "fishing expeditions", also Gesuche ohne konkrete Anhaltspunkte oder Ersuchen um Informationen, deren Erheblichkeit hinsichtlich der Steuerbelange einer bestimmten steuerpflichtigen Person wahrscheinlich nicht gegeben ist, sind untersagt.

Gemäss dem Musterabkommen der OECD, das die Grundlage für die Schweizer Steuerinformationsabkommen ist, erfolgt der Informationsaustausch ausschliesslich auf Ersuchen. Das Musterabkommen enthält keine rechtliche Grundlage für andere Formen des Informationsaustauschs. Aus diesem Grund beschränken sich die Steuerinformationsabkommen auf den Informationsaustausch auf Ersuchen. Wie Artikel 26 des OECD-Musterabkommens erlauben auch die Steuerinformationsabkommen Gruppenersuchen. Bei diesen müssen die betroffenen Personen durch spezifische Suchkriterien identifiziert werden können. Auch hier sind "fishing expeditions" ausgeschlossen.

AB 2016 N 228 / BO 2016 N 228

Nun komme ich zu den Doppelbesteuerungsabkommen mit Oman, Liechtenstein, Norwegen und Albanien: Es geht um Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Einkommens- und Vermögenssteuer. Das Abkommen mit Oman betrifft nur die Einkommenssteuer. Bei den Abkommen mit Norwegen und Albanien handelt es sich um Teilrevisionen der bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen mit diesen Staaten. Das Änderungsprotokoll bezüglich Norwegen verankert eine Schiedsklausel im Zuge der Umsetzung einer Meistbegünstigungsklausel. Damit kann ein Ziel der schweizerischen Abkommenspolitik erreicht werden. Das Änderungsprotokoll bezüglich Albanien verbessert und aktualisiert das Doppelbesteuerungsabkommen in verschiedenen Punkten, zusätzlich zur Bestimmung über den Informationsaustausch.

Beim Abkommen mit Oman handelt es sich um ein neues Doppelbesteuerungsabkommen. Das Abkommen vermeidet Doppelbesteuerungen mehrheitlich nach den Regeln der schweizerischen Abkommenspolitik. Das neue Abkommen enthält eine Bestimmung über den Austausch von Informationen gemäss Artikel 26 des OECD-Musterabkommens.

Bei dem Abkommen mit Liechtenstein handelt es sich um ein neues Doppelbesteuerungsabkommen. Dieses soll das geltende Abkommen mit Liechtenstein über verschiedene Steuerfragen von 1995 ersetzen. Das neue



Abkommen vermeidet die unter dem geltenden Abkommen bestehende Doppelbesteuerung von Leistungen der Liechtensteinischen AHV für in der Schweiz ansässige Steuerpflichtige, indem es deren ausschliessliche Besteuerung im Ansässigkeitsstaat vorsieht. Das neue Abkommen übernimmt vom geltenden Abkommen die ausschliessliche Besteuerung von Erwerbseinkommen von Grenzgängern im Ansässigkeitsstaat. Es erfüllt damit die Motion 12.3046 aus Ihrem Rat aus dem Jahr 2012, "Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein. Doppelbesteuerung vermeiden". Das neue Abkommen sieht für die Besteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren Regelungen vor, die der schweizerischen Abkommenspolitik entsprechen. Das neue Abkommen enthält eine Bestimmung über den Austausch von Informationen gemäss Artikel 26 des OECD-Abkommens.

Mit ihren heute knapp 90 Doppelbesteuerungsabkommen verfügt die Schweiz über ein umfangreiches Netz. 53 dieser Abkommen enthalten eine Klausel über den Informationsaustausch gemäss Standard der OECD. Von diesen 53 sind inzwischen 46 in Kraft getreten.

Ich bitte Sie, auf diese Vorlagen einzutreten und ihnen zuzustimmen; sie folgen dem Courant normal bzw. dem roten Faden, den Sie schon in früheren Vorlagen gefunden haben.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

15.064

1. Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Belize über den Informationsaustausch in Steuersachen

1. Arrêté fédéral portant approbation de l'accord entre la Suisse et le Belize sur l'échange de renseignements en matière fiscale

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13057)

Für Annahme des Entwurfes ... 128 Stimmen

Dagegen ... 47 Stimmen

(13 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Grenada über den Informationsaustausch in Steuersachen

2. Arrêté fédéral portant approbation de l'accord entre la Suisse et la Grenade sur l'échange de renseignements en matière fiscale

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission



Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13058)

Für Annahme des Entwurfes ... 131 Stimmen

Dagegen ... 43 Stimmen

(16 Enthaltungen)

15.066

Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Oman

Arrêté fédéral portant approbation d'une convention contre les doubles impositions entre la Suisse et Oman

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13059)

Für Annahme des Entwurfes ... 129 Stimmen

Dagegen ... 40 Stimmen

(21 Enthaltungen)

15.070

1. Bundesbeschluss über die Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Liechtenstein

1. Arrêté fédéral portant approbation de la convention contre les doubles impositions entre la Suisse et le Liechtenstein

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2016 N 229 / BO 2016 N 229

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13060)

Für Annahme des Entwurfes ... 140 Stimmen

Dagegen ... 32 Stimmen

(18 Enthaltungen)

2. Bundesgesetz über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen des Bundes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

2. Loi fédérale concernant l'exécution des conventions internationales conclues par la Confédération en vue d'éviter les doubles impositions

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13061)

Für Annahme des Entwurfes ... 133 Stimmen

Dagegen ... 32 Stimmen

(25 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

15.071

Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Norwegen

Arrêté fédéral portant approbation d'un protocole modifiant la convention contre les doubles impositions entre la Suisse et la Norvège

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2



Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13062)

Für Annahme des Entwurfes ... 137 Stimmen

Dagegen ... 34 Stimmen

(20 Enthaltungen)

15.074

Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Albanien

Arrêté fédéral portant approbation d'un protocole modifiant la convention contre les doubles impositions entre la Suisse et l'Albanie

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 15.064/13063)

Für Annahme des Entwurfes ... 129 Stimmen

Dagegen ... 55 Stimmen

(7 Enthaltungen)